

# Nahostfriede ohne Demokratie

Der Vertrag von Lausanne und die Geburt der neuen Türkei 1923

VON RAFFI KANTIAN

Am 24. Juli 2023 erschienen in den Medien eine Reihe von Artikeln, die der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne vor 100 Jahren gedenken.

Der Autor des vorliegenden Bandes, Prof. Hans-Lukas Kieser, begnügte sich nicht mit einem Artikel, sondern legte ein Buch vor.<sup>1</sup>



Der an der Universität Zürich und University of Newcastle, Australien, lehrende Hans-Lukas Kieser hat einen hervorragenden Ruf als Kenner der spätosmanischen Geschichte und der Geschichte der Türkei und deren Beziehungen zu Europa und der Schweiz. Einige seiner Bücher haben wir hier vorgestellt, zuletzt „Talât Pascha: Gründer der modernen Türkei und Architekt des Völkermords an den Armeniern. Eine politische Biografie“.<sup>2</sup>

Zur Vorgeschichte: Am 10. August 1920 wurde der Vertrag von Sèvres zwischen dem Britischen Empire, Frankreich, Italien, Japan, Armenien, Belgien, Griechenland sowie anderen und dem Osmanischen Reich abgeschlossen und beendete formal den Ersten Weltkrieg. Der Vertrag sah u.a.

eine Gebietsabtretung an die damals bestehende Republik Armenien vor. Sèvres wurde von den Vertretern des Osmanischen Reiches zwar unterzeichnet, aber nie ratifiziert. Erst als sich der Sieg der türkischen nationalen Kräfte um Mustafa Kemal abzeichnete, setzten sich die Westmächte im November 1922 mit Vertretern der türkischen Nationalversammlung in Ankara an den Tisch und verhandelten den Vertrag von Lausanne.

Bereits im Vorwort sagt Kieser, worum es ihm geht: „In Lausanne monopolisierten vormalige Reichseliten das Selbstbestimmungsrecht, das US-Präsident Wilson weltweit postuliert hatte, für sich und ihre Forderungen, während sie zugleich das Selbstbestimmungsrecht kleiner Völker mit bescheidenen territorialen Bedürfnissen verwarfen. Die türkischen Nationalisten beanspruchten Kleinasien ausschließlich für sich. Das Postulat der Selbstbestimmung war jedoch vom neuen Völkerbund und von Wilson in seinen Vierzehn Punkten primär für kleine, bisher imperial untergeordnete indigene Völker gedacht gewesen, und Selbstbestimmung sollte mit einer Entwicklung hin zur Demokratie einhergehen. In Lausanne ging beides für den nachosmanischen Nahen Osten verloren, und zwar sowohl in der neuen, als bald diktatorischen Republik Türkei als auch in den arabischen Teilen des Osmanischen Reiches.“

Seinen zentralen Gedanken formuliert Kieser so: „Das Buch ist getragen von der Überzeugung, dass die Suche nach einem Frieden nach innen und außen nicht um die bohrende Frage nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herumkommt.“

Das ist eine ganz andere Betrachtungsweise des Lausanner Vertrages, der von anderen Verfassern von Artikeln zum Thema – wenn überhaupt – nicht in der nötigen Schärfe angegangen worden ist.<sup>3</sup>

Unmittelbar nach dem Vorwort (S. 7-12) wird in der namentlich nicht so ge-

nannten Einführung (13-30), einiges auch sprachlich präzise hervorgehoben, so zum Beispiel in „Ein hofiertes Diktaturmodell“. Warum „Diktaturmodell“? Kieser führt aus: „Ankara wurde in den 1920-er Jahren zum Einpartei- und Führerstaat und setzte die Modernisierungspolitik des jungtürkischen Vorgänger forciert fort ... Die Neuorientierung Ankaras während und nach der Konferenz brachte eine jähe türkische Emanzipation von der muslimischen Welt und Vergangenheit mit sich, die das Islamische mit Rassenvorstellungen kompensierte.“

Kieser stellt fest, dass dieses „turanische“ Argument der türkischen Nationalisten sei bei der Lausanner Konferenz deutlich hervorgetreten und ließe sich mit dem Arierwahn in Deutschland ein Jahrzehnt später vergleichen.

Er zieht auch streckenweise Parallelen zu Deutschland. So bewunderten die Nazis ab 1922 zunehmend die Erfolge des türkischen Nationalismus und suchten nach konkreten Rezepten aus der türkischen Erfahrungen, schreibt er. Nicht zufällig ließ Hitler im November 1922 verlauten, dass er Atatürk und Mussolini als Vorbilder für Deutschland schätzte.

Westliche Diplomaten hätten in Lausanne – wenn auch zähneknirschend – die Ergebnisse der völkermörderischen Politik von Ankaras jungtürkischen Vorgängern gebilligt. So seien Faschismus und Ultrationalismus in Lausanne zum ersten Mal auf höchster diplomatischer Ebene akzeptabel geworden.

Systematisch geht es in Teil I los (31-60) und ist mit „Ein problematischer ‚Jahrhundertfriede‘“ überschrieben. Die Zwischenüberschrift „Ein Friede auf dem Rücken der ‚Anderen‘“ macht ein weiteres Mal seine Skepsis deutlich. Denn für Kieser ist ein erfolgreicher Frieden jener, der auf demokratischen Gesellschaftsverträgen beruht, ein Gedanke den er im Epilog aufgreift.

In diesem Abschnitt finden wir „Die Preisgabe Armeniens“ (51-55). Das geschieht nicht zufällig, denn es geht ihm darum, auf die sozialdarwinistische Preisgabe der Schwächeren, „von denen sich nach der Diplomatie auch das akademische Schaffen lange abwandte“, aufmerksam zu machen. Denn Fallenlassen von Armenien und weitere, analoge Preisgaben hätten die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf mehre-

1 Die englische Originalausgabe „When Democracy Died: The Middle East's Enduring Peace of Lausanne“ publizierte Cambridge University Press Ende Mai 2023

2 <https://lmy.de/CJZ>

3 bpb-Artikel „24. Juli 1923: 100 Jahre Vertrag von Lausanne“, <https://lmy.de/qZi>; Jannis Papadimitriou, Gülsen Solaker: „Griechenland-Türkei: 100 Jahre Vertrag von Lausanne“, <https://lmy.de/rpb>; Yaşar Aydın: „Das Vermächtnis des Friedensvertrags von Lausanne“, in: *Qantara.de*, 25.07.2023, Norman Paech: „100 Jahre Vertrag von Lausanne – was dann?“, <https://lmy.de/qfd>

ren Ebenen geprägt.

Es ist ihm wichtig, in Teil II auf die spät-osmanische Vorgeschichte der Lausanner Konferenz aufmerksam zu machen. Er ist überzeugt davon, dass die Ideologeme und Praktiken des letzten osmanischen Jahrzehnts mit den späteren Verhandlungen und Ergebnissen der Lausanner Konferenz in Verbindung gebracht werden müssen.

Am Anfang stehen die Kriegsdiktatur der Partei Einheit und Fortschritt, die Kriege in Anatolien nach Beendigung des Ersten Weltkrieges, prominente Persönlichkeiten in der nachosmanischen Periode werden vorgestellt. Der Ideologe Ziya Gökalp ist einer von diesen. Ganz besonders im Fokus steht Dr. Rıza Nur, denn „seine Geschichte und seine Gedankengänge führen uns ins Herz eines sowohl religiös untermauerten als auch überaus rassistisch verstandenen Nationalismus“. Dies und eine allgegenwärtige turanische Vorstellungswelt bestimmten die scharf antiarmenische Haltung des real existierenden türkischen Nationalismus.

An dieser Stelle verweisen wir auf Kiesers Artikel „Rıza Nur – Arzt, Minister, Rassenhistoriker“ in ADK 199, S. 25-28.

Wichtig ist es zu erwähnen: Nur war der Vizechef der türkischen Delegation in Lausanne.

In den Unterabschnitt „Der Ordnung von Paris-Genf trotzten, den Weg nach Lausanne erzwingen“ macht Kieser auf die allgemein wenig beachteten Gemeinsamkeiten in den Anschauungen von Bolschewiken und den Nachfolgern der Partei Einheit und Fortschritt aufmerksam, etwa der Wunsch nach einem mächtigen modernen Staat, einer vom Völkerbund unbehelligten Souveränität und einer vereinheitlichten Gesellschaft. Und beide waren gegen die Verträge in den Pariser Vororten, hier insbesondere Sèvres. Die Einheit ging so weit, dass die Bolschewiken bereit waren, Ankara am Schwarzen Meer und im Kaukasus den Rücken frei zu halten und den kemalistischen Nationalismus gegen die Ansprüche anderer zu unterstützen. Diese wurden als mit dem Kapitalismus und Imperialismus verbündete „Kompradorenbourgeoisie“ diffamiert.

Aber eine Abkehr von Sèvres zeichnete sich erst mit den großen Erfolgen der nationalen Kräfte um Mustafa Kemal ab. Der Weg zu der Konferenz von Lausanne war somit vorgegeben.

Besonders umfangreich ist Teil III (133-236) „Langwierige Konferenz: Türkei und ‚Realpolitik‘ neu definiert“.

Kieser betont, dass beim Verfassen die-

ses Buches die Notizen und Beobachtungen von Mehmed Cavid, er war Teil der türkischen Delegation in Lausanne, eine wichtige Rolle gespielt hätten.<sup>4</sup> Das betrifft vor allem die Verhandlungen in Lausanne und die innertürkischen Entwicklungen, die dazu geführt haben.

Die komplizierten Punkte bei den Verhandlungen waren der Bevölkerungsaustausch und die Minderheiten, Mossul und die sogenannte „armenische Heimstätte“. Am 6. Januar 1923 plädierten die britischen, französischen und italienischen Delegierten für eine äußerst bescheidene „armenische Heimstätte“. Dabei handelte es sich um eine autonome Provinz unter türkischer Souve-



**Gedenktafel im Chateau d'Ouchy, wo der Lausanner Vertrag unterzeichnet wurde**  
© Raffi Kantian

ränität, nicht mehr um das im Vertrag von Sèvres vorgesehene unabhängige Armenien. Kaum lag der Vorschlag auf dem Tisch, unterbrach Rıza Nur die Sitzung. Ismet İnönü, Leiter der türkischen Delegation in Lausanne, hatte ein anderes Argument für die Nichtbehandlung der sogenannten „armenischen Heimstätte“. Alle Fragen seien mit den Armeniern durch die Verträge von Alexandropol (1920) und Kars (1921) geregelt worden. Kieser stellt fest: In Lausanne stand bei den die Armenier betreffenden Gesprächen mit Ismet İnönü immer der Elefant der geleugneten Massenverbrechen im Raum. Besonders auffällig war Ismets

<sup>4</sup> Mehmed Cavid entstammte einer konvertierten jüdischen Familie („dönme“) aus Saloniki. Er war Mitglied der Partei Einheit und Fortschritt, opponierte gegen die Armenier-Politik von Talat Pascha. In den frühen Jahren der Ära unter der Republikanischen Volkspartei (CHP) versuchte Mehmed Cavid zusammen mit dem Zeugen des Völkermords an Armeniern, Hafız Mehmed, und Doktor Nazim in Izmir den türkischen Staatsgründer und Präsidenten Mustafa Kemal zu ermorden. Nach umfassenden Regierungsermittlungen wurde er zum Tod verurteilt und am 26. August 1926 in Ankara durch Hängen hingerichtet.

Methode des Tauben Ohrs bei dem Treffen mit Mitgliedern der armenischen Delegation. Er stellte sich vor allem mental taub, indem er jede Verantwortung ablehnte, Unwissenheit vortäuschte, das offensichtliche Erbe der Partei Einheit und Fortschritt verleugnete und sich weigerte, seinen Gesprächspartnern zuzuhören. Kieser fasst das so zusammen: Armenische Katastrophe von Lausanne, verweigerte Heimat.

In seinen Schlussfolgerungen zum Vertrag von Lausanne steht für Kieser außer Frage, dass die Westmächte einen exterminatorisch ausgrenzenden Nationalismus anerkannt und einer bahnbrechenden Politik der Entarmenisierung, Entchristlichung und Enteignung nachgegeben hätten. Einer der westlichen Teilnehmer stellte fest, dass es nicht gelungen sei, irgendwelche Garantien, die diesen Namen verdienen, für die Behandlung von nichtmuslimischen Minderheiten zu erhalten. Sehr interessant und für den Rezensenten neu ist der türkisch-amerikanische Vertrag von Lausanne! Die USA wollten nicht zurückstehen. Auch der amerikanischen Diplomatie ging es nur noch darum, „eine Vergangenheit vollständig zu liquidieren, die alle als abgeschlossen und begraben betrachten wollten“.

Der abschließende Teil IV (237-288) hat die Türkei nach Lausanne zum Thema. Unterabschnitte wie „Atatürks Geschichtsdoktrin“ und „Völkermord in Dersim: Höhepunkt des Ultranationalismus“ seien besonders empfohlen. Dem Epilog „Zeit für demokratische Gesellschaftsverträge“ folgen biografische Notizen, eine Chronologie, Abkürzungen, Abbildungen und Karten, Bibliografie und Personenindex.

Bewundernswert sind Kiesers faktenbasierten Darlegungen zum Lausanner Vertrag, ganz besonders jedoch seine Offenheit und radikaler Verzicht auf jedwede Schönfärberei. Dem Rezensenten ist kein anderer deutschsprachiger Historiker bekannt, der diese Aufgabe so brillant und so souverän gelöst hat.

Zum Schluss diese Feststellung: Wir haben nicht zufällig Taner Akçams „Die türkische Apartheid“ und Hans-Lukas Kiesers Buch in dieser Ausgabe der ADK besprochen. Denn streng genommen legt Kiesers Analyse die tiefer liegenden Wurzeln der türkischen Apartheid frei.

**Hans-Lukas Kieser: Nahostfriede ohne Demokratie: Der Vertrag von Lausanne und die Geburt der Türkei 1923**, 344 S., Chronos 2023, ISBN-13: 978-3034017466, Preis: 48 EUR